

Der Bundesminister der Finanzen

Bau O 6105-Bes.-76/52 II Ang.

Bonn, den 27. Juni 1952

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

**Betr.: Kleine Anfrage Nr. 275 der Fraktion der SPD - Nr. 3448 der
Drucksachen - Bauaufträge der Besatzungsbehörden**

Namens der Bundesregierung beantworte ich die Kleine Anfrage Nr. 275 der Fraktion der SPD wie folgt:

Frage 1

Was weiß die Bundesregierung von diesen Vorgängen?

Die Bundesregierung hat unmittelbar nach den in der Anfrage behandelten Vergaben der amerikanischen Besatzungsmacht Mitte Mai von den Vorgängen, die im übrigen auch sofort in der Presse behandelt worden sind, Kenntnis erhalten. Insgesamt handelt es sich nach den Feststellungen der Bautechnischen Arbeitsgruppe des Bundesministeriums der Finanzen in Heidelberg um einen Betrag von 455 Mio DM. Die amerikanische Besatzungsmacht begründet die schlagartige Vergabe dieser Aufträge damit, daß das amerikanische Hauptquartier die Bereitstellung der erforderlichen Mittel bei der amerikanischen Hohen Kommission bereits seit Anfang 1952 beantragt habe; die Bereitstellung habe sich bis zum Mai 1952 verzögert, und das Hauptquartier sei deshalb mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit und die Einhaltung der Baufertigstellungstermine gezwungen gewesen, nunmehr nach Bereitstellung der Mittel die Aufträge in aller kürzester Frist zu vergeben.

Frage 2

Sind deswegen durch die Bundesregierung Vorstellungen erhoben worden?

Wenn ja, mit welchem Erfolg, wenn nein, warum nicht?

Sofort nach Bekanntwerden der Vorgänge hat sich das Bundesministerium der Finanzen mit Schreiben vom 16. und 19. Mai 1952 an General Handy sowie an den amerikanischen Hohen Kommissar gewandt und Vorstellungen erhoben, weil die Vergabe dieser Aufträge so überstürzt erfolgt sei, daß eine ordnungsgemäße Preisbildung kaum möglich gewesen sei und deshalb ungerechtfertigte Belastungen des Alliierten Besatzungskosten- und Auftragsausgaben-Haushalts vermutet werden müßten.

Im Anschluß an diese Vorstellungen hat das Hauptquartier einen Teil der Aufträge bereits zurückgezogen. Die Beträge dieser zurückgezogenen Aufträge sind dem Bundesministerium der Finanzen zurzeit noch nicht im einzelnen bekannt; sie dürften auch länderweise erhebliche Unterschiede aufweisen. Insgesamt handelt es sich jedenfalls nach den Schätzungen des Bundesministeriums der Finanzen bei den zurückgezogenen Aufträgen um einen größeren Anteil, der sich überschläglich in der Größenordnung von 30-40 v. H. der Gesamtsumme bewegen dürfte.

Frage 3

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die bauwirtschaftlich und finanztechnisch schwerwiegenden Folgen derartiger Blitzvergaben zu verhindern?

Das Bundesministerium der Finanzen hat bereits Verhandlungen mit dem amerikanischen Hauptquartier aufgenommen, um die etwaigen bauwirtschaftlich und finanztechnisch nachteiligen Folgen, die in der überstürzten Vergabe liegen können, auszugleichen.

Die Besprechungen haben noch zu keinem endgültigen Abschluß geführt. Es besteht jedoch begründete Aussicht, die deutschen Interessen in dem erforderlichen Umfange wahren zu können; hierzu hat das Bundesministerium der Finanzen bei EUCOM bereits erwirkt, daß ihm die gesamten Vergabeunterlagen in Kürze zugänglich gemacht werden.

Schäffer